

Die Gemeindekommissionen:

Ein notwendiges Übel?

Einleitend sei sofort gesagt, daß es sich bei diesem Beitrag vor allem um eine Beschreibung der Situation der Gemeindekommissionen der Hauptstadt handelt, die der Unterzeichnete als Gemeinderat der Opposition seit über 6 Jahren miterlebt hat.

Zuerst sei einmal festgestellt, daß es außer für die Mietkommission und die Schulkommission überhaupt keine gesetzliche Regelung für die Gemeindekommissionen gibt. Deren Zahl sowie deren Besetzung wird also frei von der Majorität des Gemeind-

erates bestimmt. Es kann also ohne weiteres vorkommen, - daß überhaupt keine Gemeindegemeinschaft (außer den 2 obengenannten) besteht, - daß die Opposition überhaupt keine Vertreter in die Kommissionen entsenden darf, - daß die vom Gemeinderat bestimmten Kommissionen überhaupt nicht zusammenkommen.

In der Hauptstadt zum Beispiel bestehen zwar viele Kommissionen, aber bis jetzt bestand der politische Wille überhaupt nicht, diese Kommissionen ernstzunehmen und ihnen ein Eigenleben zuzugestehen.

Der Schöffenrat, oder besser gesagt, die Majorität des Gemeinderates bestimmt also die Zahl der Kommissionen sowie die Zahl der Mitglieder.

Im neuen Gemeindegesetz wird zumindestens festgeschrieben, wie die Aufteilung der Kommissionsposten zu geschehen hat, nämlich proportional zum Kräfteverhältnis, wie es im Gemeinderat besteht. Somit wird wenigstens verhindert, daß die Opposition überhaupt nicht in den Kommissionen vertreten ist.

Wer wird Mitglied in den Kommissionen?

In der Regel werden vor allem Parteimitglieder in die verschiedenen Kommissionen delegiert. Meistens sind es Kandidaten, die den Sprung in den Gemeinderat nicht geschafft haben, Parteimitglieder, die sich besonders für ein bestimmtes Thema interessieren oder qualifiziert sind oder aber verdienstvolle Militanten, die es als Ehre betrachten, in einer Gemeindegemeinschaft tagen zu dürfen.

Um diese etwas zu starre und vermiefte Tradition aufzubrechen, hat die sozialistische Fraktion Anfang des Jahres dem Gemeinderat vorgeschlagen, beim Besetzen der Kommissionsposten auf Nicht-Parteimitglieder zurückzugreifen. Wir traten an Personen aus Vereinigungen heran, die auf einem bestimmten Gebiet als Fachleute anerkannt sind. Leider schlug diese Initiative fehl, weil diese Leute zwar Interesse zeigten, jedoch ablehnten, weil sie fürchteten in der Öffentlichkeit als Parteigänger abgestempelt zu werden. In Zukunft wird man aber in diese Richtung denken müssen, vor allem wenn man die zahlreichen Nicht-Parteimitglieder, die in der Gesellschaft eine mitbestimmende Rolle spielen, in die Gemeindegemeinschaft einbinden will. Sicherlich wäre dies ein Gewinn für die Gemeindeinstitutionen und ein neuer Motor im Getriebe der Kommissionen.

Wann tagen die Kommissionen?

In der Regel tagen die Kommissionen, wenn der Präsident sie einberuft. Es gibt nämlich überhaupt keine Reglementierung, die die Rechte der Kommission festhielten. Zwar gibt es einige ungeschriebene Regeln oder Traditionen, aber bekanntlich zählen vor allem in Streitfragen nur geschriebene Texte. Die

Kommissionen kommen zwar zusammen, aber mit Ausnahme der Finanzkommission werden keine Berichte verabschiedet, so daß die Diskussionen immer irgendwie als belangloses Gerede in der Luft hängen bleiben.

So ist es auch verständlich, daß die Kommissionen monatelang überhaupt nicht tagen oder Plauderstündchen veranstaltet werden, die zu keinem konkreten Ergebnis führen.

In der Immigrantenkommission diskutierten wir zum Beispiel während 4 Jahren ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Schließlich wurde entschieden, sich ein einziges konkretes Ziel vorzunehmen. Ein eigenes Fußballfeld für unsere ausländischen Mitbürger sollte die große Errungenschaft dieser Kommission werden. Bis heute, 3 Jahre später, ist immer noch nichts geschehen in dieser Frage.

Wie könnten Kommissionen besser funktionieren?

Die Kommissionen müßten die Möglichkeit bekommen, zu bestimmten Themen Berichte zu verfassen im Hinblick auf Orientierungsdebatten, im Plenum des Gemeinderates. Es ist fast selbstverständlich, daß eine kommunale Demokratie eine weitgehende Zusammenarbeit mit allen interessierten Bürgern verlangt. Anstatt diese Zusammenarbeit als Bremse zu betrachten, muß die politische Führung sie als stimulierendes Element für die Gemeindeverwaltung einsetzen. Die Bürger müssen intensiver und demokratischer in die Gemeindeverwaltung miteinbezogen werden. Außerdem muß eine Reglementierung ihre Rechte und Möglichkeiten festhalten.

Folgende Schwerpunkte müßten berücksichtigt werden: - Die Kommissionen müssen regelmäßig tagen. - Sie werden vor den Entscheidungen im Gemeinderat systematisch um eine Stellungnahme gefragt. - Auch ungefragt können sie dem Gemeinderat Vorschläge und Stellungnahmen unterbreiten. - Sie bekommen Kredite zur Verfügung gestellt, damit sie auch ein Eigenleben und eigene Aktivitäten entwickeln können.

Die Belebung der Demokratie, die eigentlich ein dauerndes Anliegen eines jeden Demokraten sein müßte, geschieht auf Gemeindeebene vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, über den Weg einer Dynamisierung und Aufwertung der konsultativen Kommissionen.

In diesem Punkt bleibt wahrhaftig noch viel zu tun.

René Kollwelter
Gemeinderat der Hauptstadt